

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 27

Artikel: Koexistenz 1970 6. Aus skandinavischer Sicht
Autor: Heegaard-Poulsen, P.A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz 1970

6

Aus skandinavischer Sicht

Von P. A. Heegaard-Poulsen

Geschützt durch das Meer, und nur durch den schmalen Landkorridor der dänisch-deutschen Grenze mit dem europäischen Kontinent verbunden, haben sich die Skandinavier in der Vergangenheit in einer Art Randsituation befunden.

Die Entwicklung während und nach dem Zweiten Weltkrieg hat jedoch die skandinavischen Staaten dazu veranlasst, ihre politische Randposition aufzugeben und sich in ein politisches Zentrum von strategischer Bedeutung einzuordnen: den baltischen Raum.

Diese Entwicklung aber löste neue, zuvor unbekannte Diskussionen über adäquate Instrumente der Aussenpolitik aus. Die gezogenen Schlussfolgerungen fielen ziemlich unterschiedlich aus. Der Grund dafür war natürlich das unterschiedliche Schicksal, das die einzelnen Länder durch den Zweiten Weltkrieg erfuhren. Während sich Norwegen und Dänemark am Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Seite der Alliierten befanden, erlitt Finnland infolge seiner exponierten Situation eine Niederlage. Schweden wiederum konnte dank seiner beachtlichen militärischen Kraft und nicht zuletzt seiner günstigen geographischen Lage neutral bleiben.

Daher basierten dann auch Norwegens und Dänemarks Beitritt zum Nordatlantikpakt auf beider Erfahrungen im Kriege, der Okkupation und dem Scheitern des Nordischen Verteidigungsrates 1949.

Es kann nicht ausser acht gelassen werden, dass Dänemark zu einem viel grösseren Grad als Norwegen das Scheitern des Nordischen Verteidigungsrates als eine politische Niederlage empfunden hat. So ist es auch nur mit Zögern Norwegen in die NATO gefolgt. Das bedeutet indessen nicht, Dänemark wäre kein loyaler Partner, sondern lediglich, dass die dänische Tradition der Neutralität durch die Besetzung von 1940 bis 1945 weniger erschüttert wurde als die norwegische. Daher versuchte Dänemark auch bis zur letzten Minute, einen dänisch-schwedischen Pakt zustande zu bringen, obwohl er militärisch überhaupt kein reales Ziel haben konnte.

Ebenso kennzeichnend ist es, dass auch heute wieder gerade in Dänemark eine lebhaftere Diskussion über einen Nordischen Verteidigungsrat als Ersatz für die dänische (und norwegische) Mitgliedschaft in der NATO stattfindet. Dies nicht zuletzt innerhalb der Linken, die nach einer Alternative zur NATO sucht. Die gleichen politischen Kräfte versuchen, Verhandlungen für eine nordische Wirtschaftskooperation (NOR-

DEK, Nordic Economic Co-operation) einzuleiten. Obwohl Norwegen schon letzten Sommer mit überwältigender Mehrheit eine weitere Mitgliedschaft in der NATO beschloss, die dänische Regierung die Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Politik erklärte und Schweden sein Desinteresse an einem Nordischen Verteidigungsrat in der heutigen Situation betonte, setzen diese Kreise ihre Propagierung eines Nordischen Verteidigungsvertrags fort, was natürlich ihr gutes Recht ist.

In Dänemark und Norwegen gibt es eine verstärkte Tendenz zur Neutralität, besonders unter der Jugend. Es sind nicht zuletzt die Probleme in Zusammenhang mit der Atombombe, dem Vietnam-Krieg und den Entwicklungsländern, die zu dieser wachsenden Tendenz beigetragen haben.

Diese junge, während oder nach dem Krieg geborene Generation machte nicht die gleichen Erfahrungen wie ihre Väter. Vielleicht erhielt sie — die besser ausgebildet ist als jede vor ihr — auch keine zufriedenstellenden Antworten von der älteren Generation. Wenn sie Fragen über den Hunger in den Entwicklungsländern stellte, wurde ihr mit dem Problem des sowjetischen Totalitarismus geantwortet. Mit andern Worten: wenn sie Fragen über den Nord-Süd-Konflikt stellte, antwortete man ihr in den Begriffen des Ost-West-Konfliktes. Dies ist jedoch kein ausschliesslich skandinavisches Problem. Doch wenn wir die Tradition der Neutralität in Skandinavien in Betracht ziehen, so ist das Problem akuter denn anderswo. Die Jugend hat begonnen, sich nach einer Periode der Beschäftigung mit sich selber in allen Arten von Konflikten zu engagieren, je weiter entfernt sie sind, um so stärker: je kleiner die Möglichkeit einer tatsächlichen Einflussnahme, desto engagierter die Diskussion.

Die junge Generation, aber nicht nur sie, vergisst oder übersieht eine Tatsache: auch wenn neue Probleme aufgetaucht sind im Verhältnis von reichen und armen Ländern, so bedeutet das nicht, die Probleme zwischen Ost und West seien nun gelöst oder es gebe keine Bedrohung mehr für Westeuropa, nur weil sie heute anderer Natur ist.

Nachdem die unmittelbare Bedrohung für den Westen in den Augen der Mehrheit, wenn nicht aufgehoben, so doch wenigstens bedeutend abgeschwächt war, gewann die Diskussion über den Abbau der internationalen Spannung vor allem in Dänemark, aber auch in Schweden erhöhte Aufmerksamkeit. Etwas geringer war sie vielleicht in Norwegen. Der Protest gegen die «erstarrte NATO-Politik» und die Orientierung der dänischen Aussenpolitik wurde in der neuen Linken, besonders unter den Jungen, immer stärker. Nachdem die extreme Linke in den skandinavischen Ländern (ausgenommen Finnland, wo andere Umstände dafür massgebend sind) in den fünfziger Jahren nur aus den dem Moskauer Diktat gegenüber loyalen kommunisti-

schen Parteien bestand (in Dänemark, Norwegen und Schweden, die verschieden stark, aber alles in allem ohne Einfluss waren), gab es zu Beginn der sechziger Jahre eine Wiedergeburt der politischen Linken, die weitreichende Konsequenzen hatte.

Für diese neue Linke wurden die Entwicklungsländer, der Kampf gegen die NATO und die Betonung der tiefverwurzelten Tradition der Neutralität zu den wichtigsten Grundsätzen ihrer ausserpolitischen Orientierung. Dazu kam in Dänemark und Norwegen noch eine starke anti-deutsche Agitation, die sich gegen die BRD richtete, während sie gegenüber der DDR freundlich, wenn auch nicht unkritisch eingestellt war. Diese Entwicklung nahm dann aber in den einzelnen Ländern in der Folge einen verschiedenen Weg.

1. Dänemark

Die Linke

In Dänemark führte diese Entwicklung zum Ende der traditionellen Kommunistischen Partei, deren Loyalität gegenüber dem Moskauer Diktat sogar den prononciertesten Linksinтеллектуellen zur Abwendung und politischen Passivität geführt hätte.

Die Entstehung einer neutral gesinnten Linken ist das Ergebnis verschiedener Entwicklungsfaktoren. Wirklich begonnen hat es mit der nun beendeten «Kampagne gegen nukleare Waffen», die die verschiedenen politischen Kräfte zusammengeführt hat, ohne indessen eine eigentliche Partei zu sein. Dies fällt zusammen mit dem politischen Auftreten Aksel Larsens, des während Jahren unbestrittenen Führers der Kommunistischen Partei, der mit dieser 1957 in einer Weise brach, die sie politisch ausmanövrierte und dafür ihn ins Zentrum der Diskussion rückte. Unmittelbar darauf trat Larsen in die bis heute bedeutungslose Sozialistische Volkspartei ein. Diese Partei brachte es fertig, sich auf der extremen Linken eine Position als unabhängige sozialistische Partei mit neutralistischer Tendenz zu schaffen. Bei den Wahlen von 1960 gewann sie 10 Sitze, bei der folgenden stieg diese Zahl auf 20 (von insgesamt 179 Parlamentssitzen). Bei den letzten Wahlen fiel sie auf 11 zurück, was aber mit besonderen Umständen zusammenhing.

Die Sozialistische Volkspartei ist ausgesprochen gegen die NATO eingestellt und plädiert für eine totale und einseitige Abrüstung, so gut wie sie eine eifrige Befürworterin der nordischen Kooperation auf allen Ebenen ausser der Verteidigung ist:

«Wir sind der Überzeugung, dass eine militärische Verteidigung verfehlt ist und sie mehr zerstört als hilft, wenn es zum Schlimmsten kommt. Darum haben wir auf den Widerstand des Volkes während der deutschen Besetzung hingewiesen. Daher arbeiten wir nun auch an der Formulierung einer konkreten Alternative zur militärischen Verteidigung. Diese Arbeit ist noch nicht beendet; es ist jedoch in jedem Falle sicher, dass eine militärische Verteidigung Dänemarks für die Sozialistische Volkspartei nicht akzep-

P. A. Heegaard-Poulsen ist Mitglied des dänischen Parlaments und Spezialist für Ost-West-Probleme und Fragen der europäischen Sicherheit.

tierbar ist, gebe es nun eine formulierte Alternative oder nicht. Dänemark könnte sich sehr wohl die Chance bieten, die NATO zu verlassen, ohne dass gleichzeitig Möglichkeiten für eine echte Abrüstung vorhanden wären. Wie würde nun die Sozialistische Volkspartei auf eine solche Situation reagieren? Wir stimmen darin überein, dass die so gewonnene Aktionsfreiheit zugunsten eines Abbaus der internationalen Spannung derart wichtig und notwendig ist, dass die Loslösung vom NATO-Bündnis an erster Stelle kommen muss.»

Der Stimmenerfolg dieser Partei konnte nur wenige Mitglieder — besonders junge — der grossen Sozialdemokratischen Partei beeinflussen. Die Sozialdemokraten halten immer noch an der NATO-Politik fest. Doch sind sie zweifellos unter dem Einfluss der wachsenden neuen Linken in der dänischen Politik in beachtliche Schwierigkeiten mit ihrem eigenen linken Flügel geraten. Klar kommt dies in der folgenden Erklärung der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck: «Solange sich keine echte Wandlung in der internationalen Situation abzeichnet oder eine befriedigende Alternative zur NATO gefunden ist, die die Sicherheit Dänemarks garantieren kann, muss die NATO weiterhin als Basis für die dänische Sicherheitspolitik befürwortet werden. Man sollte nicht vergessen, dass es seit 1969 eine einjährige Kündigungsfrist der NATO-Mitgliedschaft gibt. Die aus diesem Grunde unternommenen Anstrengungen, der NATO einen neuen politischen Inhalt zu geben, der zum Abbau der internationalen Spannung beiträgt, sollten daher wie folgt weitergeführt werden:

1. Die Vereinten Nationen sollten in stärkerem Masse unterstützt werden.
2. Die Hilfe an die Entwicklungsländer sollte als vorläufiges Ziel bis 1972 1% des Nationalinkommens erreichen.
3. Der Vietnam-Krieg muss beendet werden, und alle beteiligten Parteien akzeptieren das Recht des vietnamesischen Volkes, seine Probleme ohne fremde Einmischung zu lösen.
4. Die nordische Wirtschaftsunion sollte in Angriff genommen werden, denn ein vereinigtes Nordeuropa kann zu einem vereinigten Europa beitragen.
5. Wir protestieren schärfstens gegen die Besetzung der CSSR.
6. In der Frage eines europäischen Sicherheitssystems, das die bisherigen Militärblöcke ersetzen soll, unterstützt die Sozialdemokratie die dänische Initiative zur Schaffung eines internationalen Komitees, das die europäische Sicherheitskonferenz vorbereitet.
7. Gleichzeitig protestieren wir auch gegen die undemokratische Regierung zweier NATO-Länder: Griechenlands und Portugals.»

Die Sozialdemokraten sind — wie die meisten andern dänischen Parteien — erst spät für die NORDEK eingetreten. Zur selben Zeit haben sie auch zunehmend aktive Anstrengungen gegen die griechische Regierung und die portugiesischen Aktionen in dessen afrikanischen Kolonien gefordert. In der öffentlichen Debatte spielt das von der Warschauer-Pakt-Staaten vorgeschlagene europäische Sicherheitssystem eine wichtige Rolle bei allen politischen Parteien, am meisten aber dennoch bei der Linken.

1949 waren die beiden Hauptopponenten aus weltpolitischer Sicht die USA und die UdSSR.

Westeuropa wurde als die zentrale politische Arena ihrer Auseinandersetzung betrachtet.

1970 nun ist es offensichtlich, dass diese beiden Weltmächte ein gemeinsames Interesse daran haben, Konflikte mit dem andern zu vermeiden. Beide sind daran interessiert, auf dem Verhandlungsfusse mit dem andern zu stehen und den Abbau von Spannungen fortzusetzen. Diese Situation wird weiterdauern, ungeachtet der tschechoslowakischen Tragödie; und es wird Präsident Nixons Aufgabe sein, hier einen Weg zu finden. Die Gründe für diese amerikanisch-sowjetische Interessengemeinschaft sind die Furcht vor einem totalen nuklearen Krieg sowie Überlegungen hinsichtlich Chinas, das unabhängig von beiden Supermächten auf dem Weg zur dritten Weltmacht ist.

Bis zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei nahm man darüber hinaus an, es gebe eine wachsende Tendenz zur Entspannung auch innerhalb des Ostblocks selber, die bedingt wäre durch einen Generationenwechsel, ein höheres Ausbildungsniveau und einen steigenden Lebensstandard. Daher zeigt der Fall der Tschechoslowakei, dass es immer noch eine klare Grenze gibt, bis zu der die Sowjets eine Abweichung vom doktrinären kommunistischen Einparteiensystem erlauben.

Seit 1949 ist die BRD Mitglied der NATO und hat eine starke konventionelle Verteidigungskapazität erreicht. Trotz der heutigen deutschen Politik gegenüber Osteuropa (einschliesslich Ostdeutschlands) beschuldigen die Sowjets die BRD nach wie vor einer revanchistischen und aggressiven Politik. Die Weigerung der BRD, die DDR und die Oder-Neisse-Grenze anzuerkennen, wird als Beweis dafür angeführt, dass es in der BRD immer noch politisch einflussreiche Hoffnungen auf eine Revanche gibt. Frankreich hat seine

Verteidigungskräfte aus der NATO zurückgezogen, ist aber immer noch Mitglied des Nordatlantikpaktes.

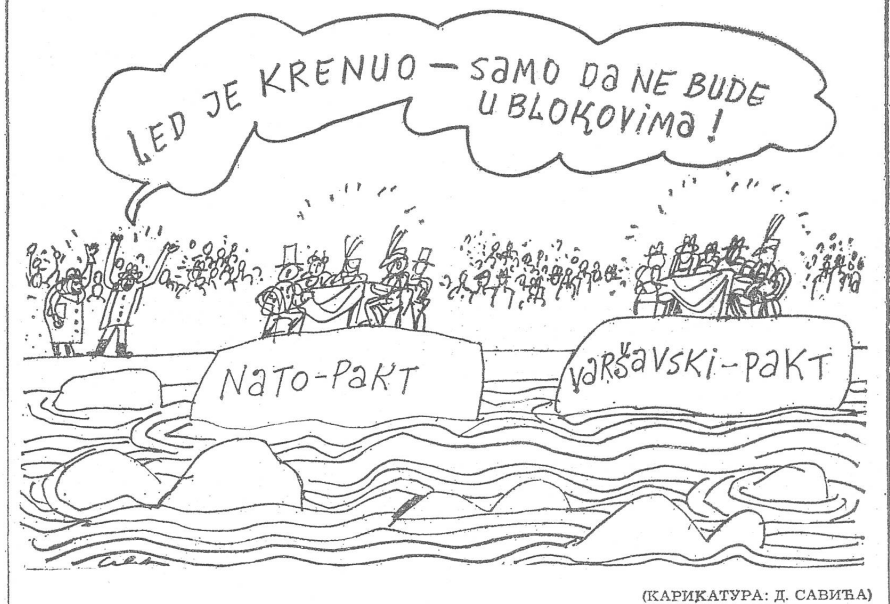
Es gibt zwar eine wirtschaftliche Solidarität in Westeuropa: die EWG. Doch alle Versuche zu weiteren europäischen Lösungen sind durch Frankreich blockiert worden, das sich gleichzeitig einer europäischen politischen Union widersetzt.

Auf der äussersten Linken Dänemarks befindet sich die kleine Partei der Linken Sozialisten, die unter starkem Einfluss anarchistischer Elemente steht. Daher besitzt sie auch keine eigentliche Führung, sondern wird kollektiv geleitet. Deshalb ist es auch schwer, eindeutige politische Stellungnahmen von dieser Partei zu erhalten.

Die Linken Sozialisten unterstützen die Anwendung von Gewalt und stehen in enger Verbindung mit den Black Panthers in den USA. In den politischen Debatten plädieren sie für einen totalen Kurswechsel der dänischen Aussenpolitik und für eine aktive Unterstützung aller revolutionären Bewegungen in Lateinamerika. Die Linken Sozialisten sind fanatisch antimexikanisch eingestellt:

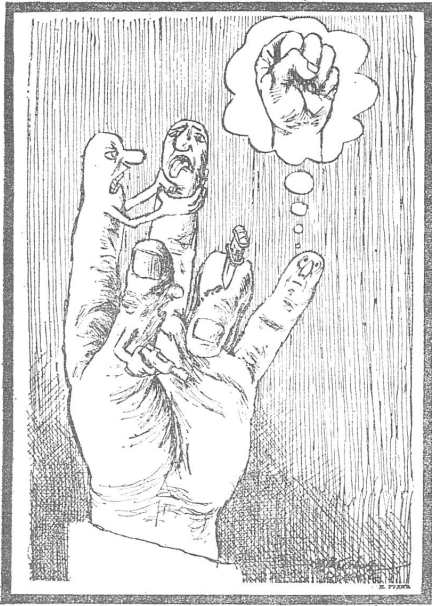
«Die NATO hat seit ihrem Bestehen mehr eine Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der Supermächte über die kleineren Staaten der Allianz angestrebt, als sie vor dem Warschauer Pakt zu schützen. Es lässt sich leicht feststellen, dass wir einen Teil unserer Unabhängigkeit durch die NATO-Mitgliedschaft verloren haben. Dabei denken wir nicht nur an die eigentlichen Vertragsverpflichtungen, sondern ebenso sehr an die nichtvertraglichen Abhängigkeiten, die zu dieser offensichtlichen Divergenz zwischen der schwedischen und dänischen Aussenpolitik geführt haben. Man kann hier einwenden, dies wäre eben

ПОСЛЕ БРИСЕЛЯ И МОСКВЫ



(КАРИКАТУРА: Д. САВИТЪА)

Nach Brüssel (NATO-Tagung) und Moskau (Warschauer-Pakt-Tagung): Das Eis ist in Bewegung geraten — bis auf die beiden grossen Blöcke («Borba», Belgrad). Der NATO-«Block» besteht allerdings schon lange nur noch aus Pflotsch.



Diese Karikatur aus «Jesch», Belgrad, zielt auf die mangelnde Einheit im «sozialistischen Lager». Aber Moskau hat seine Satelliten unter Kontrolle, während die westlichen Mächte schon gar nicht daran denken, eine Faust zu bilden.

der Preis für die Bewahrung unserer Unabhängigkeit. Dann aber nimmt man zu reinen Vermutungen Zuflucht. Wenn wir diese aber beiseite lassen und die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre betrachten, dann können wir vielleicht etwas von der wahren Natur der NATO erfassen. In den wenigen vergangenen Jahren waren die einzelnen NATO-Staaten militärisch in eine lange Folge von Konflikten verwickelt gewesen. Ohne nachzuschlagen können genannt werden: Indonesien, Iran, Korea, Guatemala, Kenya, Indochina, Zypern, Algerien, Libanon, Jordanien, Aegypten, Kuba, Aden, Kongo, Laos, Angola, Guinea, Mozambique, Dominikanische Republik und Vietnam. Andere Namen könnten noch beigelegt werden. In jedem dieser Fälle aber handelte es sich um einen Krieg für koloniale Interessen, die Unterstützung reaktionärer Regimes oder um die Machtübernahme von Militärregierungen, die sich gegen eine Volksbewegung zugunsten sozialer Reformen richtete. Was aber noch offensichtlicher ist: es gibt nicht einen einzigen Fall, wo die NATO zugunsten demokratischer Kräfte eingegriffen hätte. Und das ungeachtet der Tatsache, dass es dazu reichlich Gelegenheit gegeben hätte, und zwar nicht nur in Griechenland, Rhodesien und Südafrika, sondern auch in den meisten andern genannten Ländern.» Und weiter: «Hinter dieser Suche nach alternativen Lösungen muss die Erkenntnis stehen, dass ein Land wie Dänemark nicht verteidigt werden kann ohne eine totale Zerstörung und dass dessen Sicherheit daher mehr durch den Abbau internationaler Spannung als durch eine Aufrüstung zu gewährleisten ist. Wir wissen sehr wohl, in welche Richtung wir die Alternative bewegen möchten, aber das ist nicht das Primäre. Vielmehr sollten alle relevanten Alternativen geprüft werden, einschliesslich der Möglichkeit einer neutralen nordischen Union, der Beteiligung an einer neutralisierten Zone kleinerer östlicher und west-

licher Staaten Europas und einer dänischen Neutralität. Die Forderung, solche Aktionen — und alle andern — sollten geprüft werden, bevor die Entscheidung über eine weitere NATO-Mitgliedschaft gefällt wird, wurde von uns im Parlament während der aussenpolitischen Debatte im Herbst 1968 erhoben, jedoch zurückgewiesen. Der dänische Aussenminister erklärte kurz danach auf der NATO-Ratstagung, für Dänemark gebe es keine Alternative zur NATO. Er kann dies leicht sagen, da er es abgelehnt hat, die andern Möglichkeiten auch nur zu prüfen!»

Bei den Wahlen von 1968 sind die Linken Sozialisten mit vier Vertretern ins Parlament eingezogen. Nun ist die Partei in zwei Gruppen (2×2) gespalten. Die neue nennt sich Gruppe Sozialistischer Arbeiter.

Die Rechte

Eine neutralistische Haltung nimmt aber in Dänemark nicht nur die Linke ein.

Momentan wird es durch eine Koalition des rechten Zentrums regiert, die sich aus der Konservativen, der Liberalen und der Radikalliberalen Partei zusammensetzt. Ministerpräsident Hilmar Baunsgaard gehört der letzten, der kleinsten der Koalition an. Diese Radikalliberale Partei hatte bei den letzten Wahlen einen eklatanten Erfolg, da sie ihre Parlamentssitze mehr als verdoppelte. Während die Liberalen und Konservativen konstant an der Bündnispolitik festhalten, sind die Radikalliberalen seit ihrer Gründung (1905) Befürworter einer totalen Abrüstung und einer uneingeschränkten Neutralität. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg übten sie als Koalitionspartner der Sozialdemokraten einen ganz beträchtlichen Einfluss mit ihren politischen Vorstellungen aus. Einer ihrer führenden Köpfe, Hoerup, formulierte den folgenden Slogan über die dänische Verteidigung, der schon aus dem Jahre 1905 datiert, «Was bringt sie Gutes?»

Ausgesprochen viele ihrer jüngeren Parteimitglieder — auch im Parlament — vertreten prononcierte pazifistische und neutralistische Auffassungen. Dies gilt besonders auch für die Jugendorganisation der Radikalliberalen Partei. Obwohl diese an einer Koalition mit der rechten Mitte teilhat, arbeitet ihre Jugendorganisation eng mit den Kommunisten, den Volkssozialisten, Linksozialisten und andern extremen Gruppen zusammen — auch sogar mit maoistischen.

Die Führer der Radikalliberalen Partei haben immer einen Kurs der «Realpolitik» verfolgt. Und obwohl sie 1949 gegen die dänische Mitgliedschaft in der NATO gestimmt haben, so haben sie seither eine loyale, wenn auch skeptische Politik gegenüber der NATO betrieben. Als alternative Lösung zur NATO, die einigen «realpolitischen» Wert für sich beanspruchen kann, haben die Radikalliberalen von Zeit zu Zeit auf eine nordische Union hingewiesen. Trotzdem ist es höchst fragwürdig, ob die Partei bereit sein wird, z. B. höheren Verteidigungsausgaben zuzustimmen, die eine automatische Folge einer nordischen Verteidigungsunion wären.

Andere politische Gruppen

Wie bereits erwähnt, hat sich die Sozialistische Volkspartei kurz vor den Wahlen von 1968 gespalten.

Bei der abgespaltenen Gruppe der Linken Sozialisten liegt mehr als bei jeder andern Partei das

programmatische Schwergewicht auf der Aussenpolitik, wodurch sie die Unterstützung der extremen Kräfte der dänischen Linken erhält. In einem kurzen und anscheinend aussichtslosen Wahlkampf übersprang sie die Hürde und gewann vier Sitze. Dann spaltete sie sich. Die neue Gruppe nennt sich Gruppe Sozialistischer Arbeiter und steht unter dem Einfluss anarchistischer und syndikalistischer Kräfte.

Politische Gruppen ausserhalb des Parlamentes

Zusätzlich zu den genannten Gruppen gibt es Vereinigungen und Organisationen ausserhalb des Parlamentes, die wie in andern Ländern versuchen, die bestehende Ordnung umzustürzen und ihre Revolution durchzusetzen.

Es ist unmöglich, auf alle einzugehen, denn es sind über 50 Gruppen. Doch muss darauf hingewiesen werden, dass einige ihrer Mitglieder in mehreren Gruppen zugleich vertreten sind.

So wie im übrigen Westeuropa haben sie auch hier auf der politischen Szene wenig Bedeutung. Dennoch gab es im Sommer 1969 eine wachsende Tendenz zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen «Lederjacks» und der extremen Linken. Der politische Kampf verschärfte sich. Diese Gruppen ausserhalb des Parlamentes haben natürlich Vietnam auf ihr Banner geschrieben. Von dieser Plattform aus führen sie eine heftige anti-amerikanische Kampagne, die sich gegen die NATO und die BRD richtet. Ihre Argumentation lautet, wir würden durch die Mitgliedschaft in NATO und EWG wieder «besetzte Staaten» unter westdeutscher und amerikanischer Domination. Als Alternative streben diese Gruppen die absolute Neutralität, eine totale Abrüstung (und was sie «eine unabhängige Aussenpolitik» nennen) an, verbunden mit einer Betonung der Entwicklungshilfe. Unter ihnen gibt es traditionelle Kommunisten, kämpferische Anarchisten und ältere, mehr pazifistisch orientierte. Doch die neutralistische Ausgangsbasis ist ihnen allen gemeinsam. Sie setzen die Vietnam-Plattform sehr geschickt ein und haben nun ein Komitee (für eine humanitäre Sammlung) zusammen mit den rechtsgerichteten antikommunistischen Neutralisten gegründet.

Wie lang Vietnam noch als Basis für ihren Aktivismus eingesetzt werden kann, ist schwer zu sagen. Für eine mögliche neue Plattform gibt es bereits Anzeichen in Form einer antiisraelischen Kampagne zur Unterstützung der Palästinenser und der sozialistischen arabischen Staaten. Doch steckt diese Kampagne noch in den Anfängen. Ein neutralistisches Dänemark findet heute einen gewissen Anklang. Alle Umfragen seit 1949 ergeben zusammen, dass die direkte Gegnerschaft gegen ein neutralistisches Dänemark von 25 % auf 12 % gefallen ist. Auf der andern Seite hängen die Prozente von «Keine Auffassung» und der Befürworter der NATO voneinander ab und liegen ungefähr bei je 40 %, sind aber stark von der jeweiligen aussenpolitischen Situation abhängig.

Zusammenfassend kann hinsichtlich Dänemarks gesagt werden:

1. Im Parlament gibt es eine klare Mehrheit für eine NATO-Mitgliedschaft, aber verschiedene Auffassungen über die aus ihr resultierenden Verpflichtungen.
2. Auf der Linken gibt es eine starke Agitation, die sich auf lange Sicht als gefährlich erwei-

sen könnte, insoweit als sich Politiker durch aktivistische Gruppen einschüchtern lassen.

3. NORDEK und die nordische Zusammenarbeit werden von kleineren Teilen der Sozialdemokraten und der Radikalliberalen als eine mögliche Alternative zur NATO und EWG betrachtet. Dies trifft jedoch nicht auf die Politiker zu, die für die Politik der Parteien verantwortlich zeichnen.
4. Die Idee der Neutralität spricht die Öffentlichkeit zwar an, doch sieht der grösste Teil in ihr keine wirkliche Alternative.
5. Der Antiamerikanismus ist in einigen radikalkonservativen Gruppen und natürlich auf der Linken ausgeprägt. Auch wenn das Vietnam-Problem gelöst sein wird, so bleiben immer noch das Rassenproblem und der Nahostkonflikt als Ansatzpunkte.
6. Griechenland ist eine schwere Bürde und ein Hindernis für eine aktive atlantische Politik.
7. Andererseits ist für die Linke die Entwicklung in der Tschechoslowakei seit dem August 1968 eine gewisse Belastung. Die sowjetische Intervention hat manchen, besonders den Jungen, bewiesen, dass es nach wie vor eine Gefahr von sowjetischer Seite gibt.
8. Die europäische Sicherheitskonferenz scheint ein attraktiver Vorschlag zu sein. Viele beachten jedoch nicht, dass er ebensogut zu einer Schwächung der westlichen Solidarität benutzt werden kann, ohne gleichzeitig etwas Positives einzubringen. Für Dänemark ist besonders wichtig, dass der Anstoss dazu gerade aus Finnland kommt, das gegenüber einem europäischen Sicherheitssystem schon immer ein besonderes Wohlwollen gezeigt hat.

Wenn in Dänemark der Neutralismus eine Tendenz des politischen Lebens ist, so ist er in Schweden ungleich mehr ein Bestandteil der staatlichen Linie.

2. Schweden

Die schwedische Anerkennung Nordvietnams und die Teilnahme des schwedischen Ministers Oluf Palme ((inzwischen Ministerpräsident geworden) an einer anti-amerikanischen Vietnam-Demonstration zeigen deutlich Stockholms unterschiedliche politische Haltung im Vergleich zu Oslo und Kopenhagen.

Die amerikanische Reaktion auf die Teilnahme Palmes an der Demonstration war die Rückberufung des amerikanischen Botschafters zu Konsultationen nach Washington.

Während der letzten dreissig Jahren wurde Schweden durch eine erfolgreiche sozialdemokratische Regierung geführt, die in den letzten Jahren auch aussenpolitisch mehr und mehr aktiv geworden ist. Unterstützt wird dieses Bestreben — abgesehen davon, dass Schweden die Grossmacht des Nordens ist — durch die Tatsache, dass es zweifellos einer der führenden Industriestaaten der Welt ist, mit einem hohen Ansehen sowohl in Ost als auch in West.

In den herkömmlichen Begriffen wird Schweden als «neutral» bezeichnet, was aber kaum der klassischen Bedeutung des Begriffes entspricht. Den Tatsachen adäquat müsste man Schwedens Haltung wohl so definieren: «In Friedenszeiten sollte Schweden frei von Bündnisverpflichtungen, in Kriegszeiten neutral sein.» Diese Definition vermag Schwedens sehr aktive Aussenpolitik zu erklären, die besonders im Hinblick auf die Ost-

West-Beziehungen ihre nordischen NATO-Partner Dänemark und Norwegen vor einige Schwierigkeiten gestellt hat. So z. B. als Schweden offensichtlich ohne Konsultationen Nordvietnam anerkannte.

Es kann nicht bestritten werden, dass Schweden aus seiner neutralen Politik Vorteile gezogen hat. In den letzten Jahren hat sich die schwedische Sozialdemokratie zudem zusehends nach links bewegt und so dazu beigetragen, linksgerichtete neutralistische Kräfte zu begünstigen.

Schweden ist überzeugt vom positiven Wert seiner Neutralität. Nicht umsonst erklärt der schwedische König jedes Jahr bei der Parlamentseröffnung, «Schwedens Beziehungen mit der übrigen Welt sind gut». Was das Verhältnis zu den USA betrifft, so hat die offizielle schwedische Haltung in der Vietnam-Frage und eine oftmals scharfe Kritik die Beziehungen zwischen den beiden Staaten etwas abgekühlt. Doch sollte niemand daran zweifeln, dass Schweden eine westliche Demokratie ist und dass es eine scharfe Kritik der sowjetischen Intervention gegeben hat.

Schweden unterhält unter grossen Kosten eine eigene Verteidigung und wird sich bei einem Angriff ohne Zweifel verteidigen.

Die mehr linksorientierte Aussenpolitik und die traditionell neutrale Politik ist bis zu einem gewissen Grade einer gleichen Entwicklung wie in Dänemark zuvorgekommen.

Natürlich gibt es auch in Schweden anarchistische und syndikalistische Gruppen und andere solche Organisationen, besonders unter den Studenten. So wie in Kopenhagen gab es Besetzungen von Hörsälen und heftige Demonstrationen. So wurde z. B. der Tennis-Cup-Final zwischen Schweden und Südafrika von Aktivisten verhindert. Diese Gruppen können zwar wie überall einen Teil der Studenten mobilisieren. Ihre effektiven Möglichkeiten sind jedoch begrenzt wegen der offiziellen neutralen Politik, die u. a. von der dänischen Linken als beispielhaft angeführt wird. Ausgenommen davon ist natürlich die schwedische Verteidigungspolitik.

Schwedens Kommunistische Partei hat eine sehr seltsame Entwicklung durchgemacht. Unter Führung von C. H. Hermansson hat sie sich bis zu einem gewissen Grade vom sowjetischen Einfluss freigemacht und nahm 1967 die Bezeichnung Partei der Linken Kommunisten an. Damit und durch ihre seitherige Politik ist eine Partei wie die Sozialistische Volkspartei in Dänemark überflüssig geworden. Die neutralistische Linke Schwedens wird durch die traditionelle, wenn nun auch umbenannte Kommunistische Partei dominiert. Sie versucht, die Sozialdemokraten zu «überbieten», indem sie eine «totale Abrüstung», eine «nuklearfreie Zone im Norden» und eine «Unterstützung für die Befreiungsbewegungen» fordert.

Im Bereich der Sicherheitspolitik fordert sie — wie ihre Schwesterparteien in Dänemark und Norwegen — eine entmilitarisierte Zone in Nord-europa, verbunden mit einem entmilitarisierten Deutschland und einer nuklearfreien Zone in Skandinavien. Die Linken Kommunisten sind ausgesprochene Gegner eines schwedischen EWG-Beitritts, von dem sie annehmen, er würde die traditionelle Neutralitätspolitik des Landes verunmöglichen. Als Alternative weisen sie auf die gemeinsamen Interessen des Nordens hin, ohne indessen eine nordische Kooperation im Sinne des geplanten NORDEK-Vertrages zu akzeptieren.

Die Partei der Linken Kommunisten versucht, die Situation in Vietnam für sich auszunützen. Doch hindert sie die entschlossene Aussenpolitik der Sozialdemokraten, das Vietnam-Problem zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung einzusetzen. Sie war vielmehr nicht einmal fähig, die kleinen linksorientierten Organisationen zu beeinflussen, die mit ihrer anarchistischen Ausrichtung sowohl die Kommunisten als auch die mächtige Sozialdemokratie verachten.

Dass diese letzte Entwicklung weniger Unsicherheit in Schweden selber hervorgerufen hat als in Dänemark, kann durch die oben angeführten

(Fortsetzung auf Seite 6)



«Nur den Brief bitte, das Paket geht nicht durch den Schlietz.»

Skandinavische Sicht

(Fortsetzung von Seite 5)

Faktoren erklärt werden. Dazu kommt noch die Tatsache, dass die Dänen wahrscheinlich das politisch unstabilste Volk Nordeuropas sind. Zudem schützt das dänische Wahlgesetz mit seinem Proporz zu einem hohen Grad die kleinen Parteien, so dass auch von daher die Stabilität nicht gefördert wird.

Schweden ist ein neutraler Staat, aber nicht im Sinne des kommunistischen Neutralitätsbegriffes. Schwedens Neutralität stösst natürlich in Moskau auf Lob, doch trifft dies nicht auf seine gesamte Aussenpolitik zu. Moskau hat vielmehr unfreundliche Kommentare zur geplanten schwedischen Assoziierung an die EWG abgegeben. In den entscheidenden Bereichen hat sich Schweden seine Aktionsfreiheit bewahrt. Als der finnische Präsident Kekkonen den Vorschlag einer nuklearfreien Zone unterbreitete, wurde dieser von Stockholm nicht akzeptiert. Dies nicht etwa deswegen, weil Schweden nukleare Waffen wünscht, sondern weil es seiner traditionellen Politik besser entspricht, sich nicht durch langfristige Verträge zu binden.

Schweden hat darüber hinaus eine sehr aktive Politik im Bereich der Abrüstung verfolgt und unterstützt den Plan einer europäischen Sicherheitskonferenz.

3. Norwegen

Norwegen ist in einer bestimmten Weise das politisch stabilste Land in Nordeuropa, vielleicht sogar in ganz Europa.

Bei den letzten Wahlen spielte die Aussenpolitik nur eine Rolle in der Diskussion mit der kleinen, stark radikalisierten Sozialistischen Volkspartei, mit der die norwegische Sozialdemokratie — analog der dänischen Situation — nicht zusammenarbeiten will. Es gibt auch neutralistische Gruppen in Norwegen, doch insoweit man von ausserhalb darüber urteilen kann, sind sie schwach und haben wenig oder keinen politischen Einfluss.

Im Parlament in Oslo kam der Widerstand gegen die norwegische Allianzpolitik nur von der kleinen Sozialistischen Volkspartei, die 2 von 150 Sitzen hatte und seit September 1969 überhaupt

nicht mehr vertreten ist, ferner von drei bis fünf anderen Parlamentsmitgliedern. Daher konnte Norwegen mit einer überwältigenden Mehrheit für eine Fortsetzung seiner NATO-Mitgliedschaft stimmen und zu einer Zerstörung der Hoffnungen auf eine norwegische Neutralität in einigen dänischen Gruppen beitragen. Neben seinen Beziehungen im Norden unterhält Norwegen auch enge politische und emotionale Kontakte mit Grossbritannien. So wird auch die norwegische Aussen- und Sicherheitspolitik aus manchen Gründen mit derjenigen Londons verbunden sein. Während Dänemark Generationen lang mit Furcht über seine Grenzen nach dem Süden geblickt hatte, schaute Norwegen vertrauensvoll über das Meer nach Westen.

Mit den Kommunisten als zweitgrösster Partei und (mit Unterbrechungen) Regierungspartner der Sozialdemokraten und der sowjetischen Niederlage in Finnland während des Zweiten Weltkrieges befindet sich dieses Land in einer exponierten Situation.

4. Finnland

Wie Dänemark ist Finnland ein Aussenposten gegen eine der Grossmächte, doch ist die aussenpolitische Orientierung beider Staaten grundverschieden. Während die dänisch-deutsche Beziehung innerhalb des atlantischen Bündnisses geregelt wird — das die deutsche Handlungsfreiheit gewöhnlich mehr einschränkt und so den dänischen Einfluss vergrössert —, steht Finnland der Sowjetunion allein gegenüber. So können nur die Reaktionen Schwedens über deren Verhältnis einigen Aufschluss geben, aber auch das nur begrenzt.

Finnland ist zwar neutral, aber im Vergleich zu Schweden ist es eine abhängige Neutralität. Um seine innere politische Freiheit zu wahren, muss es den Preis in Form einer aussenpolitischen Abhängigkeit gegenüber der Sowjetunion bezahlen. Seine Aussenpolitik ist daher durch vorsichtiges Abwägen gekennzeichnet. Wenn der Vorschlag für ein europäisches Sicherheitssystem aus Helsinki kam, dann mit sowjetischem Einverständnis — hinter der politischen Szene, versteht sich. Präsident Kekkonens Vorschlag, aus Nordeuropa eine nuklearfreie Zone zu machen, ist in vieler Hinsicht eine Parallele zum Rapacki-Plan. Je-

denfalls ist der Norden ja schon so oder so tatsächlich nuklearfrei. Trotzdem appelliert der Vorschlag an die Furcht des Volkes vor Nuklearwaffen. Er wurde von den drei andern nord-europäischen Staaten zurückgewiesen, die ihre Aktionsfreiheit damit nicht einschränken wollen.

Finnlands politische Position unterscheidet sich von derjenigen der Staaten, die an der Peripherie oder unmittelbar innerhalb der sowjetischen Machtsphäre liegen. So wurde ihm die «Erlaubnis erteilt», sich mit der EFTA zu assoziieren, in Verhandlungen über eine spätere nordische Zusammenarbeit einzutreten und sogar eine unabhängigere Politik in einigen andern Bereichen zu verfolgen. Grundsätzlich jedoch muss sich Finnland nach wie vor neutral verhalten.

5. Der Norden insgesamt

Versucht man die Politik Nordeuropas zusammenfassend darzustellen, so kann man das folgendermassen tun:

1. Die nordische Idee ist bei den Völkern des Nordens sehr stark verwurzelt. Die nordische Kooperation ist auf praktischer Ebene weit fortgeschritten, auf mancher sogar soweit wie in der EWG.
2. Auf der andern Seite hat es sich als schwierig erwiesen, eine weitreichende politische und ökonomische Kooperation zu realisieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es wären hier etwa die grundverschiedenen Sicherheitspolitiken anzuführen, die in Nordeuropa verfolgt werden (Dänemark, Island und Norwegen sind NATO-Mitglieder, Schweden ist neutral, und Finnland befindet sich in einer besondern Situation).
3. Der Norden versucht, besonders gegenüber den Entwicklungsländern, eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Dies gilt auch für seine Bemühungen innerhalb der UNO.

Die Völker des Nordens haben verschiedene Auffassungen von der Neutralität. Sie werden einen langen Weg zurücklegen müssen, um eine Verminderung der internationalen Entspannung zu erreichen. Sie sind bereit, viel dafür anzubieten. Die Entwicklung im übrigen Europa wird in weiten Kreisen Skandinaviens mit Misstrauen beobachtet, denn es will sich ausserhalb der politischen Unruhe halten.

Wir freuen uns mit unserem Autor über den
Buchpreis der Stadt Bern

verliehen am 19. Dezember 1969 an

Friedrich Salzmänn

für sein Werk

«**Mit der Freiheit leben**»

237 Seiten, kartoniert Fr. 16.80

Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut Bern